

Die Brandstätten warnen und mahnen

Die Gleise zum Frieden müssen befahrbar bleiben

Wolfgang Kroschel, Redakteur von **Isor aktuell**

Wird der schwere, mit Panzern bestückte Zug es rechtzeitig schaffen anzuhalten? Vor ihm auf den Gleisen lagen zwei Menschen, die keine Anstalten machten, aufzustehen, um eventuell ihr Leben zu retten.



Raymonde Dien als Gast bei den Weltfestspielen 1951 in Berlin

Am 23. Februar 1950 lösten die Jugendlichen Raymonde Dien und René Jannelle eine weltweite Solidaritätswelle aus, als sie einen Panzerzug auf diese Weise stoppten, der Militärgerät von Frankreich nach Vietnam bringen sollte. Raymonde Dien wurde nach 36 Tagen Einzelhaft im Juni zu einem Jahr Gefängnis und 15 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Doch die internationale Solidarität erreichte, dass sie zu Weihnachten des gleichen Jahres freigelassen werden musste. Sie war 1951 Gast der Weltfestspiele in Berlin, erfuhr Ehrungen in anderen Ländern und war in der starken internationalen Weltfriedensbewegung überall bekannt. Ihre Geschichte war in

der 50er und 60er Jahren in den Lesebüchern der DDR nachzulesen.

In dieser Zeit wurde die unterschiedliche politische Entwicklung in der Welt, in Europa und damit auch in Deutschland endgültig eindeutig deutlich. Die zwei deutschen Staaten, eingebettet in der Zugehörigkeit in den Militärbündnissen, verfolgten diametral entgegengesetzte Ziele. Die Bundesrepublik Deutschland war zum (damals noch) Juniorpartner der Westmächte mit deutlicher Ambition auf „Führung“ avanciert und somit Verbündete der imperialistischen Mächte, z. B. Frankreichs, geworden. Da gehörten solche wie Raymonde Dien ins Gefängnis und wurde mit einem Schweigekartell umhegt.

Die Deutsche Demokratische Republik gab dagegen den Friedenskämpfern eine Stimme und übte Solidarität mit ihnen über alle Grenzen hinweg. Das kann man noch heute besichtigen, wenn man den Meinungen über antiimperialistische Solidarität und die Haltung zum Frieden nachspürt. Auf einer solchen Landkarte werden die Konturen der DDR sichtbar, obwohl sie eigentlich in den Herzen und Hirnen nicht mehr existieren dürfte.

Raymonde Diens Nachhall sechs Jahre nach ihrer mutigen Tat:

Am 1. März 1956 legte sich die Nationale Volksarmee auf die Gleise, auf denen die Panzerzüge der auch französischen Verbündeten der Bundesrepublik und ihres wieder entstandenen Heeres rollen sollten zum „roll back“, wie 1953 in der DDR versucht und 1956 in Ungarn geplant.

Die Stärke und Konsequenz des sozialistischen Militärbündnis zeigten die Schranken für imperialistische Abenteuer, die allerdings zeigten, dass stete Wachsamkeit geboten war. Ein solches wahnsinniges Wagnis war die US-amerikanische Invasion auf Kuba mit allen Folgen. Da waren die strategischen Bomber beider Seiten schon in der Luft. Der Funke des Krieges zündete im letzten Moment nicht, der der Vernunft überwog, auch dank der militärischen Stärke der Verbündeten von Raymonde Dien in aller Welt.

Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!
Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!
Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind!
Und sie werden kommen, ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden!

Bertolt Brecht



Seit 1956 war die NVA im Friedensbündnis der Warschauer Vertragsstaaten integriert. Einmalig in der deutschen Geschichte gab es eine Armee, die keine Bedrohung für andere Länder darstellte.

Es scheint, dass wir in einer „umgekehrten“ Kubakrise wären. Waren damals sowjetische Raketen 150 km von den empfindlichen Strukturen der USA entfernt, bedrohen NATO-Raketen in dieser Distanz heute St. Petersburg. Die militärische Einkreisung durch die NATO ist bis auf einige Lücken am Don fast vollständig, während Russland gleichzeitig gedroht wird, es möge sich auf keinen Fall verteidigen.

Die Kubakrise des Jahres 1962 wurde durch die militärische und politische Stärke der UdSSR abgewendet, es war eine Niederlage für die Freunde von Panzerzügen. In der weiteren Folge mussten die Politiker der Stärke die Realität zur Kenntnis nehmen und z. B. in Europa anerkennen und vertraglich fixieren. Dazu gehörte auch der Respekt vor dem Militärbündnis, zu dem die Nationale Volksarmee einen beachtenswerten Anteil hatte.

Bei deren Auflösung fiel kein Schuss, ja sogar die Munition wurde akribisch abgerechnet, ein Verfahren, das dem Übernehmenden mitunter offensichtlich fremd scheint.

Die Auflösung/Aufgabe der sozialistischen Militärkoalition, ja der physischen Eliminierung des gesamten Bündnisses war eine bei-

spiellose Paarung von Ignoranz und Dummheit selbstgefälliger Politiker, die allerdings schon vorher ihre ökonomische Basis schrittweise demoliert hatten. Nur so ist es zu erklären, dass die Panzerzüge heute an den Grenzen der ehemals führenden Kraft des Bündnisses stehen, das, damals bildhaft wie Raymonde Dien mit ihrem persönlichen Einsatz, die vererbliche Fahrt des Panzerzuges in den Krieg verhindert hat.

Die Kraft und der Einfluss des Normandie-Formats, übertragen auf eine friedliebende Jugend, könnte das Gleis für eine Friedenslösung freimachen.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Die Landesbeauftragten berichteten dem Vorstand über die in den TIG durchgeführten Veranstaltungen anlässlich des 30. Jahrestages der ISOR und bestätigten übereinstimmend, dass trotz pandemiebedingter Einschränkungen eine positive Bilanz gezogen werden kann. Der Zusammenhalt in unserer Organisation konnte weiter gefestigt werden und im Blick auf die im Juni 2022 stattfindende Vertreterversammlung wurde bekräftigt, dass ISOR seinen Kampf fortsetzen muss. Der Vorstand bestätigte ein

Schreiben an den Bundeskanzler, ausgewählte Bundesminister, den Ostbeauftragten und die Fraktionen im Deutschen Bundestag, in denen nachgewiesen wird, dass die Volkskammer 1990 keine Kürzung der MfS-Renten auf ein Durchschnittsniveau angestrebt hat.

*

Peter Alff erstattete den Bericht der Revisionskommission und hob dabei u.a. sowohl die ordnungsgemäße Führung der Finanzen als auch die solide finanzielle Ausstattung der ISOR hervor, die nicht zuletzt auf eine gewachsene Spendenbereitschaft der Mitglieder zurückzuführen ist.

Ein Lügenbaron im Schleudersitz

zum Artikel „Opfertod im Cockpit?“ von Benedikt Vallendar am 18. Januar 2021
in der Zeitung für Gesellschaft und Kultur „tabularasa“

Tabula Rasa bedeutet im übertragenen Sinn, Klarheit zu schaffen. Das tat Herr Vallendar mit seinem Artikel in der gleichnamigen Zeitung keinesfalls. Geschichte neu schreiben, wie das heute mit vielem geschieht, was die DDR betrifft, möchte er schon. Das ist ihm aber mit seinen Lügen und Unterstellungen gewaltig misslungen! Damit beweist Herr Vallendar, dass er weder Kenntnisse über den Absturz einer sowjetischen MiG 21 U am 19. Oktober 1966 nahe der Ortschaft Syhra (heute zur Großen Kreisstadt Geithain im Landkreis Leipzig gehörend), noch umfassend über Geschichte der DDR, geschweige denn von einer wissenschaftlichen Weltanschauung hat.

Dieser Artikel ist eines gebildeten Menschen, der dazu noch in Geschichte promoviert und heute als Lehrer an einem Gymnasium jungen Menschen das Rüstzeug fürs Leben vermitteln soll, unwürdig. Zugleich zeigt er, dass Herr Vallendar der antikommunistischen Indoktrination in seinem Heimatland nicht widerstehen konnte.

Nicht hinzunehmen ist, wie Herr Vallendar die Ehre der Opfer und die Würde ihrer Hinterbliebenen in seinem Pamphlet mit Füßen tritt. Da kann er sich Willy Brand zum Vorbild nehmen, der im April 1966 in der Funktion des Regierenden Bürgermeisters den sowjetischen Piloten, die ein abstürzendes Kampfflugzeug im dicht besiedelten Westteil von Berlin in den Stößensee lenkten, um weitere Opfer zu verhindern, postum öffentlich dankbare Anerkennung aussprach. Übrigens veranlassten auch in Westberlin die dankbaren Anwohner das Aufstellen einer Gedenktafel für die Piloten am Stößensee. Ebenso wie die Syhraer waren sie der Meinung, ihnen ein Denkmal zu setzen. Sie zollten damit dem zutiefst humanistischen Handeln der Piloten, das Herr Vallendar Kommunisten abspricht, Respekt.

Was war wirklich geschehen:

Die Piloten Oberst Viktor Nikolajewitsch Schandakow und Major Juri Alexejewitsch Wladimirow verzichteten keineswegs auf den Einsatz der Schleudersitze. Sie starben auch nicht „qualvoll in ihrem verkeilten Cockpit“.

Wo er die Mär von den „verbrannt gewesenen Leichen“ her hat, „so dass kein Alkoholtest mehr durchgeführt werden konnte“, ist mir schleierhaft. Das trifft auch auf seine Spekulation zu, dass die Piloten „in betrunkenem Zustand längst die Kontrolle über ihre Maschine verloren“ hätten.

Es entspricht auch nicht den Tatsachen, dass der Ortsverband der Linkspartei „das verwitterte Gemäuer erst vor wenigen Jahren wiederentdeckte“. Wir mussten auch die Nachfahren nicht „in die sächsische

Provinz locken“. Gleich gar nicht diente die Restauration des Denkmals der „PR“ der Linkspartei. Vielmehr ist es so, wie es jedermann in der „Dokumentation zum Fliegerehrenmal Syhra“ von Reinhard Froberg aus dem Jahr 2019 nachlesen kann. Diese aufwändig und präzise recherchierte Dokumentation kann man im Buchhandel oder über das Internet erwerben (ISBN: 9781793484161).

Die beiden Piloten betätigten die Schleudersitze erst, nachdem klar war, dass die Maschine nicht auf die Ortschaft stürzt. Dann allerdings war die Höhe der Maschine zu gering, um das vollständige Öffnen der Fallschirme zu ermöglichen. Die Piloten stürzten in ihren herauskatapultierten Sitzen fast ungebremst auf das Feld, was schwerste Verletzungen hervorrief, die unmittelbar zu ihrem Tod führten. Lediglich einer der Piloten starb erst in den Armen eines schnell zur Hilfe herbeigeeilten Dorfbewohners. Brandverletzungen hatte dieser Pilot nicht, wie uns der noch lebende Zeitzeuge mitteilte.

Jagdflyer wurden unmittelbar vor Antritt jedes planmäßigen Fluges ärztlich untersucht. Ein Fliegen unter Alkoholeinfluss war dadurch unmöglich und auch unvorstellbar, wenn man bedenkt, welchen materiellen Wert so ein Flugzeug darstellt und wenn man weiß, dass es beim Flug pro Sekunde (!) bis zu 600 m Entfernung zurücklegt.

Nach dem Anschluss der DDR an die BRD hatten die Menschen andere Probleme als die Pflege eines Denkmals. So kam es, dass der PDS-Ortsverband Geithain die Pflege übernahm.

Die Tochter von Major Wladimirow sah den im russischen Fernsehen ausgestrahlten Bericht über die Wiedereinweihung des Denkmals nach dessen Sanierung. Sie setzte alle Hebel in Bewegung, um an den Ort des Todes ihres Vaters zu kommen und dankte den Initiatoren in herzlichen Worten.

Verwandte von Oberst Schandakow hatten die Verbindung zu Syhra nie abgebrochen und besuchten das Denkmal mehrere Male nach dessen Fertigstellung. Ebenfalls aus eigenem Antrieb, wie man sich vorstellen kann. „PR“ im Zusammenhang mit dem aufopferungsvollen Tod der beiden Piloten ist uns fremd. Es ging und geht um Dankbarkeit, die Würdigung ihres humanistischen und selbstlosen Verhaltens und das Wahren der Erinnerung an sie. Das sind Kategorien, in denen wir denken.

Bernd Gnant, Kühlungsborn
im Januar 2022

*

Aus der Postmappe

Ich finde, dass die Zuschriften von Volker Lieb-
scher und Günter Leopold in „Isor aktuell“ 1/2022
in die richtige Richtung gehen. Den richtigen
Blickwinkel sollten wir auf das aktuell reflektierte
Erleben ehrlich ausrichten, das betrifft sowohl die
Position gegenüber der Partei „Die Linke“, aber
auch die Position von Bürgerprotesten in Form
von Demonstrationen. Ich begrüße ausdrücklich
die Haltung der Autoren.

Wir müssen aber noch weiter gehen. Es gibt
eine ganze Reihe von Literatur von Mitarbeitern
der bewaffneten Organen der DDR, die über ihre
Erlebnisse in der DDR berichten, dazu auch „gut-
gemeinte“ Literatur über die Bewaffneten Organe,
z.B. über die Spionageabwehr der DDR – mehr-
bändig. Aus persönlichem Interesse hat sich bei
mir eine umfangreiche Sammlung von Büchern
über das MfS angesammelt, vor allem von ehe-
maligen Mitarbeitern. Wenn man dann die Texte
zu gleichen Ereignissen durch die verschiedenen
Autoren vergleicht stellt man fest, dass diese „aus
eigenem Erleben“ verschiedene, widersprechen-
de Aussagen treffen. Das ist bedauerlich und
macht die ganzen Veröffentlichungen unglaub-
würdig. Die Ursache ist häufig in der lediglichen
Übernahme von Gehörtem und das „Schönreden“
von Erlebnissen zu finden. In diesen Rahmen sind
auch Reden auf Konferenzen zu betrachten, die
darauf angelegt waren, Motivationen zu erzeu-
gen und nicht immer den tatsächlichen und voll-
ständigen Sachverhalt widerspiegeln.

Als Mitarbeiter der Spionageabwehr war ich
Vorgangsführer der ZOV „Starkasten“, „Zugvogel“
und „Reise“ im Zeitraum der häufig genannten
Aktion „Angriff“. Da war nicht alles bestens. Ver-
gessen wird z.B., dass die Aktion mit einem Fias-
ko begann, verursacht durch die Leitungsebenen!
Ich war auch an einer entscheidenden Stelle am
ZOV „Perspektive“ beteiligt; Auftragsbedingt
kannte ich alle angeworbenen Spione, IMB und
Zielpersonen. Ich staune über die Zahlen, die
dazu veröffentlicht wurden und heute noch wer-
den. Und ich war auch an zentraler Stelle am ZOV
„Universum“ beteiligt. Es ist erstaunlich, was da
für verschiedene falsche Berichte von ehemaligen
Mitarbeitern der Spionageabwehr veröffentlicht
wurden. Zur Richtigstellung: dieser ZOV war nicht
auf Angriffe gegen Angehörige der bewaffneten
Organe der DDR, sondern gegen das Kuriersys-
tem des BND ausgerichtet.

Es ist ausdrücklich geboten und empfohlen,
bei Berichten über die Tätigkeit in den bewaff-
neten Organen der DDR, nur Berichte kundzutun,
von denen man tatsächlich Kenntnis hat und da-
bei auf das Schönschreiben von Erlebnissen und
Ereignissen zu verzichten. Es geht um unsere
Glaubwürdigkeit!

Rolf Lehmann, Bernau
*

Die deutsche Außenministerin handelt nicht in meinem Namen und benötigt Nachhilfe in Geschichte.

Annalena Baerbock reiste im Februar in die Uk-
raine, beteuerte die deutsche Unterstützung
und legte einen Kranz nieder am Gedenkstein
für den „Holodomor“ (auf Deutsch: Tötung
durch Hunger.) In den 1930-er Jahren verloren
durch eine mehrjährigen Dürre und der über-
zogenen Kollektivierung der Landwirtschaft
etwa drei Millionen Menschen ihr Leben. Die
heutigen Geschichtsschreiber behaupten, es
sei Absicht Stalins gewesen, die Ukrainer ver-
hungern zu lassen. Nun kann man Stalin alles
unterstellen, aber sein Volk verhungern zu las-
sen, nicht. Und wenn Stalin genannt wird, sind
auch die Russen schuld. Und wenn es gegen
Russland geht, ist auch die deutsche Außenmi-
nisterin dabei.

Was sie bei den Gesprächen mit der Führung
in Kiew mit keinem Wort erwähnte und auch
nicht mit einer Kranzniederlegung gedachte,
waren die acht Millionen ukrainischen Kriegsopfer,
davon fünf Millionen Zivilisten und 1,6
Millionen Juden, die im Krieg gegen die deut-
schen Faschisten ihr Leben lassen mussten.

Ich habe Kiew das erste Mal 1961 als Teil-
nehmer eines FDJ-Freundschaftszuges besucht.
Viele DDR-Bürger waren sicherlich auch dort.
Wir haben als erstes die Gedenkstätte für die
von Hitler-Deutschland gefallenen und getöte-
ten Ukrainer besucht und Kränze nieder gelegt.

Einer deutschen Außenministerin müsste
doch mehr daran gelegen sein, an die Opfer zu
erinnern, die durch Deutschlands Schuld ums
Leben gekommen sind. Immerhin hat die Uk-
raine ein Viertel ihrer Bevölkerung im Zweiten
Weltkrieg verloren.

Aber wenn man die historische Schuld ein-
gesteht, dann kommt die Frage auf, wer denn
das grauenvolle Töten beendet hat? Und dann
kommen positiv die Russen ins Spiel. Und das
geht heute nicht. Passt nicht in den westlichen
Zeitgeist.

Bei ihrem Besuch in Israel war Frau Baer-
bock ehrlicher. Hier kamen ihr sogar die Tränen
beim Gedenken an die vielen toten jüdischen
Menschen. Und hier war klar, es waren die
deutschen Faschisten und ihre Helfershelfer.
In dieser Situation hätte ihr einfallen müssen,
dass sie in Kiew auf Menschen trifft, die die
ukrainischen Mittäter am Mord an jüdischen
Menschen verehren.

Der rechte Sektor, der führend bei der Be-
seitigung der Demokratie 2014 auf dem Maidan
war, hatte die Hauptkräfte aus der Vereinigung
„Dreizack namens Stephan Bandera“. Bandera
wird als Held gefeiert und seine Verehrer sitzen
heute in Schlüsselpositionen in der Ukraine.

Wer war dieser Bandera? Der USA-Histori-
ker Timothy Snyder nannte Bandera „einen fa-
schistischen Helden“ und einen Anhänger der

„Idee der faschistischen Ukraine“. Und in Israel
betrachtet man ihn als Antisemit, weil seine
Anhänger an Pogromen und Erschießungen
von Juden teilgenommen haben. Dies wissen
die Israelis, nicht aber Frau Baerbock.

Bereits 1940 verhandelte Bandera mit der
faschistischen deutschen Abwehr und er ver-
pflichtete sich, zwei Bataillone ukrainischer
Nationalisten im Kampf gegen die Bolschewi-
sten zu stellen. Nach Kriegsausbruch 1941 tat
er dies. Es waren die Bataillone „Roland“ und
„Nachtigall“ die der SS beim Mordfeldzug hal-
fen. Diese ukrainischen Faschisten waren oft-
mals äußerst brutal, was sich auch im Prozess
gegen Demjanjuk zeigte. Der lebte nach 1945
in den USA und wurde 2009 nach Deutschland
überstellt und verurteilt. Warum nach Deutsch-
land und nicht in sein Geburtsland Ukraine?

Viele DDR-Bürger haben, wie ich, in der So-
wjetunion studiert, gearbeitet oder sich erholt.
Sie wissen, dass die Menschen friedlich zusam-
men gelebt haben und man oft nicht gemerkt
hat, waren es Russen, Ukrainer, Letten oder,
oder...Sie alle verständigten sich mit der rus-
sischen Sprache. Die ist aber heute bei denen,
die vom Westen unterstützt werden, verboten.
Die 40 Prozent Russen, die in der Ukraine leben,
werden gezwungen ukrainisch zu sprechen.
Gleiches gilt in den baltischen Staaten, wo
Bundeswehrsoldaten mithelfen, die Freiheit
und Demokratie zu verteidigen.

Hat unsere Außenministerin in Kiew dage-
gen protestiert, dass Russen ihre Mutterspra-
che nicht sprechen dürfen?

Wir, die die russischen Menschen kennen,
wissen: Die Russen wollen keinen Krieg. Aber
die große Mehrheit will auch nicht, dass sich
1941 wiederholt. Damals standen die Deut-
schen an den Grenzen der Sowjetunion und
hatten einen großen Vorteil. Ein schneller Vor-
stoß und vernichtender Schlag gegen die Rote
Armee.

Heute stehen die NATO-Truppen an russi-
schen Grenzen und wollen auch noch in der Uk-
raine, Belorussland und Georgien ganz nah ran,
die Einkreisung und Einkesselung Russlands
vollenden. Soll Russland noch einmal zusehen,
wie sein Untergang vorbereitet wird?

Als es darum ging, die Sowjetarmee aus der
DDR, Polen, der CSSR und Ungarn abzuziehen,
versicherten die westlichen Politiker, eine Aus-
dehnung der NATO nach Osten wird es nicht
geben. Gorbatschow hat dem Westen vertraut
und keine schriftliche Verpflichtung verlangt.
Heute fragen sich viele Menschen: Wie kann
man nur so dumm sein, einem westlichen Poli-
tiker zu glauben.

Für jeden, der bis drei zählen kann, ist doch
klar: Russische Truppen stehen nicht an den
Grenzen Deutschlands, Frankreichs oder der
USA. Russland droht auch nicht mit Sank-
tionen, wenn diese Länder nicht das tun, was

Russland will. Mit dem Feuer spielen nur die USA und NATO. Und leider macht Deutschland mit. Ich weiß, dass ich nicht allein bin, wenn ich sage: So nicht Frau Baebock. Nicht in meinem Namen.

Dieter Winderlich, Papenburg

*

Liane Kilinc, die führende Aktivistin der „Friedensbrücke“, beschreibt in einem Text von Mitte Februar die damalige Lage an der Kontaktlinie zwischen der Ukraine und den Volksrepubliken und geht dann auf die Aktivität der „Friedensbrücke“ ein:

(...) Dahinter liegen die Orte, die wir die letzten Jahre mit humanitärer Hilfe versorgt haben. Orte, in denen nach wie vor Kinder aus dem Unterricht in den Keller flüchten, in denen die Häuser in der Nähe der Frontlinie nur noch aus Gewohnheit stehen, löchrige Dächer auf Mauerwerk, dass durch den jahrelangen Beschuss von oben bis unten von Rissen durchzogen ist. Häuser, in denen immer noch oft Menschen leben, die keinen anderen Ort haben und weil es ihre Heimat ist.

Selbst die OSZE bestätigt, dass 80 Prozent der zivilen Toten auf der Seite der Donbass Republiken ums Leben kamen.

Hier, in den deutschen Medien, gibt es diesen Aufmarsch der ukrainischen Armee nicht, und es gibt keine Granaten, die auf Städte wie Gorlovka abgefeuert werden.

Es gibt nur eine Ukraine, mit der wir „solidarisch“ sein sollen, mittlerweile um jeden Preis. Auch um den Preis eines großen, globalen, verschlingenden Krieges. Auch um den Preis eines völligen industriellen Niedergangs, nicht in der Ukraine, da hat er längst stattgefunden, sondern hier, in Deutschland, weil die Stromversorgung ohne Nord Stream 2 nicht sicher ist und noch vieles andere mehr.

Solidarität ist eines der Wörter, die in den letzten Jahren am meisten missbraucht wurden. Da wurde behauptet, es sei Solidarität, sich eine unwirksame Substanz im Interesse eines Pharmakonzerns verabreichen zu lassen; es sei Solidarität, die Ukraine, die seit dem Ende der Sowjetunion wie ein Kampfhund gegen Russland dressiert wurde, zu unterstützen, wenn sie von der Leine gelassen wird.

Nein, Solidarität ist das füreinander eintreten in einem gemeinsamen Kampf, und zwar dem der Besitzlosen gegen die Reichen, einsteht für die eigenen Interessen, und die heißen Frieden und ein menschenwürdiges Leben.

Über das Minsker Abkommen, das vor sieben Jahren den Bürgerkrieg im Donbass teilweise zum Stillstand brachte, wird in der deutschen Presse zügellos gelogen. Dabei kann man den Text auf Deutsch sogar auf Wikipedia finden, und das sogar korrekt. Der Kern des Minsker Abkommens sind direkte Verhandlungen zwi-

schen Kiew und den Donbass Republiken. Das genau ist der Punkt, den bisher jede ukrainische Regierung verweigert hat, worin sie von ihren westlichen Partnern bestärkt wird. Auch die Bundesrepublik hat nie Druck ausgeübt, um eine Einhaltung dieses Abkommens zu erreichen.

Wir von Friedensbrücke haben viel Kontakt zu Menschen im Donbass, weil wir seit bald acht Jahren dort humanitäre Hilfe leisten.

Die meisten Familien sind durch die Frontlinie zerrissen; jeder hat Verwandtschaft irgendwo auf der anderen Seite.

Das heißt, so eine Grenze, wie sie momentan besteht, eine Grenze, über die hinweg geschossen wird, die durch Schützengräben in die Landschaft gezogen ist, wollen die Menschen nicht. Aber es sind viele entsetzliche Dinge in diesem Krieg geschehen, gerade durch die Nazibataillone (paramilitärischen Verehrer von Hitler, die sich als Nachfolger seiner ukrainischen Hilfstruppen (Bandera, UPA) sehen) und für Kriegsverbrechen in der Ostukraine verantwortlich sind, und unter dieser Bedrohung leben wollen sie eben auch nicht. Vor sieben Jahren wäre das Minsker Abkommen ein Weg gewesen, Vertrauen aufzubauen, Maßnahmen zu treffen, die den Menschen im Donbass Sicherheit gewähren, um dann, mühsam, aber eben vielleicht doch friedlich, wieder in einem Staat zusammenzuleben.

Sieben Jahre hat keine Bundesregierung einen Handschlag getan, um dieses Abkommen umzusetzen. Sieben Jahre lang flossen Milliarden aus Deutschland in die Ukraine, in die Hände einer Regierung, deren größter Haushaltsposten die Aufrechterhaltung des Bürgerkriegs ist.

Und jetzt will man uns einreden, Russland sei der Aggressor.

Wenn in diesem Deutschland, dem des Kapitals, eine Lehre aus den vergangenen Kriegen gezogen wurde, dann die, dass man jede Stimme, die sich dagegen wenden könnte, rechtzeitig zum Verstummen bringen muss.

Das konnten wir die letzten Jahre über beobachten, angefangen vom „Querfront“-Vorwurf gegen die Mahnwachen. Heute ist nur noch sehr wenig übrig; die Linkspartei hat inzwischen auch einen Beschluss gefasst, in dem von „russischer Aggression“ die Rede ist und sich damit bei den NATO-Parteien eingereicht; und mit Hilfe von Corona und den zugehörigen Maßnahmen ist es gelungen, die Menschen noch weiter zu spalten, abzulenken und in Angst zu versetzen, so dass das Gerede von der „russischen Aggression“ auf fruchtbaren Boden fällt.

Die NATO erweist sich dabei nicht nur als Feind Russlands. Sie erweist sich auch als Feind der deutschen Bevölkerung. Nicht nur, weil wir weder einen Krieg noch Kriegspropaganda brauchen. Die geplanten Sanktionen, die

sich dieses Kriegsbündnis völkerrechtswidrig anmaßt, richten sich mindestens ebenso sehr gegen die Menschen in Deutschland wie gegen die in Russland.

Wenn Nord Stream 2 tatsächlich nicht in Betrieb gehen sollte, oder gar, wenn die USA die Pipeline zerstören, wie Biden das jüngst angedeutet hat, dann richtet sich das gegen unsere Interessen; weil nicht nur Stromversorgung und Industrie, sondern auch die Nahrungsversorgung darunter leiden. Eine deutsche Regierung mit etwas Voraussicht und etwas Rücksicht auf die Interessen der gewöhnlichen Bürger müsste sich nicht nur von dem Aufmarsch gegen Russland fernhalten; sie müsste die NATO aus dem Land jagen.

Stattdessen wird ein Spiel mitgespielt, das uns im günstigsten Fall ökonomisch ruiniert und im ungünstigsten die Welt in Brand setzt. Weil die Macht und der Reichtum einiger hundert großer Konzerne davon abhängen, dass die Vereinigten Staaten und ein paar weitere westliche Länder den Rest der Welt ungehindert plündern können. Weil diese ganze glorreiche Macht des Kapitals schon seit Jahren am Tropf der Zentralbanken hängt und dieses Lebenserhaltungssystem jetzt kollabiert. Weil sie um jeden, buchstäblich jeden Preis verhindern müssen, dass China und Russland noch stärker werden. Schließlich entwischen ihnen gerade die Kolonien reihenweise.

Und die Glaubwürdigkeit von Regierungen und Medien hat gewaltig gelitten. Mehr unter Corona als unter der Berichterstattung über Russland und China, mehr unter den unzähligen undemokratischen Maßnahmen als unter Manövern und Aufrüstung, aber man sieht, wie in vielen Ländern die Proteste zunehmen. Es ist nicht nur eine zerbrechende Ökonomie, vor der sie sich in einen Krieg flüchten wollen, auch eine schwindende politische Macht.

Wer immer das russische Schreiben an USA und NATO liest, kann erkennen, dass es vernünftig ist. Einander bis an die Zähne bewaffnet gegenüberzustehen ist keine gute Voraussetzung für Frieden. Wir Deutschen sollten das wissen, schließlich lief die Front des Kalten Krieges mitten durch unser Land. Aber die russische Regierung hat Recht, wenn sie sagt, Russland könne nicht weiter zurückweichen; die NATO steht bereits an der russischen Grenze. Also muss sie sich zurückziehen.

Eine Bundesregierung, die das nicht begreift und stattdessen weiter Geld, Waffen und Truppen mit den USA gegen Russland in Stellung bringt, handelt gegen die Interessen der Deutschen. Wir wollen ein friedliches Deutschland, frei von Lüge, frei von Machtstreben, frei von militärischem Wahn. Ein Deutschland, das im Frieden mit Russland und China lebt. Und nicht eines, das mit der Macht der USA untergeht.

*

Vor über 30 Jahren lernten wir eine Familie aus der Ukraine, östlich von Charkow aus der Oblast Sumy, 20 km entfernt von der russischen Grenze kennen. Wir haben seitdem fast täglich über online Kontakt, sie waren bei uns zu Besuch und wir haben sie dreimal besucht. Wir wissen daher, dass die soziale Lage für die Menschen dort katastrophal ist, sie leben in bitterer Armut und die Lebensverhältnisse verschlechtern sich dort ständig. Als Hilfe in der Not senden wir jährlich mehrere Male dorthin Pakete mit Dingen des täglichen Bedarfs. Die Menschen sind sehr aufgeschlossen, gastfreundlich und liebenswert.

Bei unseren Bekannten, waschechten Ukrainern, lebt der Bruder des Familienvaters im Ural, der Bruder seiner Ehefrau lebt in Moskau. Sie erzählen, dass dort der Lebensstandard sehr viel höher ist. Der Sohn der Familie arbeitet für ein russisches Unternehmen, die Tochter mit Hochschulabschluss arbeitet im westlichen Ausland. Solche enge verwandtschaftliche Beziehungen bestehen zwischen vielen Menschen in Russland und der Ukraine. Unter diesen Bedingungen gibt es kein Feindbild zwischen Russen und Ukrainern.

(...)

Das Kriegsgeschrei muss man vielmehr anders deuten: die USA haben mit tonnenweise modernster Militärausrüstung die ukrainische Armee ausgerüstet, um eine USA- und NATO-gewollte Endlösung des Ostukraineproblems zu erreichen. Es gibt aber für die Initiatoren des Kriegsgeschreis ein Problem, das sind die ukrainischen Menschen, die in den Russen nicht den Feind sehen. Um ein militärisches Versagen und ein Fiasko zu vermeiden, wurde eine massive Konzentration von Truppen auf den Staatsgebieten Rumäniens, der Slowakei, Polens und des Baltikums von der NATO realisiert. Zielstellung ist im Fall des Scheiterns der Besetzung der Ostukraine Russland eine Aggression zu unterstellen und die Ukraine zum NATO-Mitglied zu machen.

NATO-Mitgliedschaft bedeutet dabei nicht einmal, dass dadurch der Wohlstand in die Ukraine einzieht, das sehen wir insbesondere an der wirtschaftlichen Lage von Rumänien und Bulgarien. Was tatsächlich der Ukraine helfen würde, wäre wirtschaftliche Hilfe, damit ein Mindestmaß an Wohlstand für die Menschen spürbar wird. Statt Militär- und logistischer Hilfe zur Kriegsvorbereitung brauchen die Ukrainer wirtschaftliche Hilfe mit dem Ziel eines hinnehmbaren Lebensstandards. Aber zur sozialen Situation der Menschen in der Ukraine schweigen sich die westlichen Politiker, auch die „Grünen“ und die SPD aus.

Rolf Lehmann, Bernau (19.2.2022)

*

Zwischenruf

Die Geheimdienste der USA sind für ihre punktgenauen Prognosen hinsichtlich des Weltgeschehens bekannt: Im Jahre 2003 haben sie mit Hilfe von Glasröhrchen vor der UNO die Existenz verbotener chemischer Kampfstoffe im Irak nachgewiesen. Der daraufhin entfachte Krieg brachte zwar keinen Beweis dafür aber hunderttausende Tote im heimgesuchten arabischen Volk.

Vor etwa eineinhalb Jahren verkündete der diensthabende Präsident Joseph Biden, ein Rückzug seiner Truppen aus Afghanistan wird sich auf jeden Fall nicht so abspielen wie weiland in Vietnam. Richtig getippt. Das Dach der Kabuler Botschaft konnte wegen Beschuss von Hubschraubern gar nicht erst angefliegen werden.

Die jüngste Prognose betraf den 16. Februar dieses Jahres. Da sollte gemäß der Anordnung der CIA & Co. Russland die Ukraine überfallen.

Das makabre Spiel der Vorhersagen wurde nun durch die Realität überholt, ohne es je eingeholt zu haben.

w.k.

*

DER KRIEG IST KEIN GESETZ DER NATUR UND DER FRIEDEN IST KEIN GESCHENK



*

Auf dem Höhepunkt der Kriegspsychose kommentierte Hans Bauer, der Vorsitzende der GRH, die Kriegssehnsucht einiger imperialistischer Propagandahelden. Er schreibt .u. a:

„Sie lügen wie gedruckt, wir drucken wie sie lügen“, ist ein Werbeslogan der „jungen Welt“. Im umfassenden Sinne gilt dies für die überwiegende Medienlandschaft in Deutschland. Sie ist Claqueur und Multiplikator der Macht. Verkünder, Verführer, Manipulator. Den schlagenden Beweis liefert die Gegenwart. Von „BILD“ bis „Spiegel“, vom Internet bis Funk und Fernsehen. Trifft zu auf Filme, Bilder, Geschriebenes, Gesprochenes. „Russland plant und will Krieg“, ist die Botschaft. Kaum Differenzierungen, mahnende Worte von Politikern. Über Jahre wurde durch Macht und Medien die Bevölkerung auf diese „Wahrheit“ vorbereitet. Reif gemacht. Massenpsychologisch eingestimmt. Russland zur feindlichen Macht erklärt. Ohne Nachweis Verbrechen im In- und Ausland unterstellt. Morde, Verfolgungen, Interventionen, Kriegsverbrechen. Und Hass, vor allem gegen Präsident Putin gesät. Ganz im faschistischen Stil. Nun gehen sie zum heißen Krieg über. Mit der militärischen Einkreisung Russlands, den Großübungen der NATO, der Aufrüstung der Ukraine hat das „Bündnis der Kriegstreiber“ unmittelbare Kriegsgefahr geschaffen. (...)

*

Aus dem Bücherschrank

Im Zwangsfrieden von Brest-Litowsk am 3. März 1918 eignete sich das imperialistische Deutschland im Verbund mit Österreich riesige Gebiete Sowjetrusslands an.

Beim Schacher um die Beute im Osten spielte das Kommando „Ober Ost“, eine Ausgeburt des deutschen Generalstabes, mit Sitz in Litauen, eine wesentliche Rolle, die auch dazu führte, dass die Ukraine in großen Mengen Getreide und Vieh an die Eroberer liefern musste. 1919 folgte die Intervention der Entente, mit deren Unterstützung die Petljura-Regierung gebildet wurde. Nach polnischer Intervention 1920 kamen im „Frieden von Riga“ 1921 westukrainische Gebiete an Polen. Diese Machenschaften der imperialistischen Staaten beschreibt Arnold Zweig 1939 in seinem Roman „Einsetzung eines Königs“, das von verblüffender Aktualität ist und die geschichtlichen Hintergründe heutiger Ereignisse in und um die Ukraine, die ein „Kind“ des deutschen Generalstabes ist.

Das Buch ist 1974 in neunter Auflage im Aufbau-Verlag Berlin und Weimar erschienen (und kostete 8,40 M).

Wer es noch in seinem Bücherschrank hat, nehme es heraus und lese es. Ein historischer Roman, der in der Gegenwart zu spielen scheint.

w.k.



Tag der Begegnung in Torgau am 23. April 2022 von 12 bis 18Uhr Elbe-Tag 2022

Eine der Hauptursachen für die derzeitige akute Kriegsgefahr ist die Verschärfung der Einkreisung Russlands und Chinas und die Osterweiterung der NATO.

Erinnern wir uns an den 2 + 4 Vertrag, der die Voraussetzung für den Einigungsvertrag der beiden deutschen Staaten ist.

Die Sowjetunion hatte dem Vertrag unter 3 Bedingungen zugestimmt:

1. Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als östliche Grenze Deutschlands
2. Keine Stationierung von NATO-Truppen auf dem ehemaligen Gebiet der DDR
3. Keine Osterweiterung der NATO

Dies ist der sowjetischen Seite in den Verhandlungen zugesagt worden. Gorbatschow war leichtgläubig oder hat sich aus anderen Gründen auf die mündlichen Zusagen und Äußerungen der damals verantwortlichen Politiker verlassen.

Genscher, der damalige Außenminister der BRD, sagte am 31.1.1990 in einem Vortrag vor der Evangelischen Akademie Tutzing: „Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben. Der Westen muss auch der Einsicht Rechnung tragen, dass der Wandel in Osteuropa und der deutsche Vereinigungsprozess nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen dürfen.“ Der damalige US-Außenminister Baker erklärte am 9.2.1990 gegenüber Gorbatschow, wenn die USA ihre Präsenz in Deutschland im Rahmen

der NATO behalte, „werde deren Militärhoheit nicht einen Zoll in östliche Richtung ausgedehnt“ werden.

Am 11.4.1990 sagte der damalige britische Außenminister Hurd bei einem Staatsbesuch in Moskau zu Gorbatschow, „sein Land erkenne die Wichtigkeit an, nichts zu tun, was sowjetische Interessen und die sowjetische Würde beeinträchtigt“.

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ist kein Konzept für eine Friedenspolitik zu erkennen, das die gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Staaten, Abrüstung und Sicherheit sowie eine friedliche Entwicklung der Völker gewährleistet.

Im Koalitionsvertrag von 2018 war festgeschrieben, dass die deutsche Außenpolitik dem Frieden verpflichtet und fest in den Vereinten Nationen und der EU verankert ist.

Diese Aussage fehlt im Koalitionsvertrag von 2021 völlig. Warum wohl?

Mit den Losungen „Durchsetzung einer regelbasierten Ordnung“ und „Investitionen in internationales Handeln“ wird eine Steigerung der Rüstungsausgaben auf drei Prozent des Bruttohaushaltes verbrämt.

Dagegen müssen wir und alle Kriegsgegner unsere Stimme erheben! Ohne Friedens ist alles nichts! –

Hans Schwart, TIG 3 Halle

*

Am 25. April 1945 begegneten sich sowjetische und US-amerikanische Armeeeinheiten bei Torgau und besiegelten symbolisch das Ende des Zweiten Weltkrieges und die Zerschlagung des Faschismus.

Aus diesem Anlass findet am **23. April 2022 eine Kundgebung um 12:00 Uhr am Brückenkopf / Ostufer Torgau** statt.

Anschließend erfolgt eine Demonstration über die Elbbrücke zum Torgauer Markt bis zum Denkmal der Begegnung an der Elbe.

Der Weltfrieden ist heute in höchster Gefahr. Die aggressiven Kräfte in USA und NATO haben Überhand gewonnen und sind dabei, nach Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Syrien, Jemen, Mali, wieder einen Krieg, nun in der Ukraine, herbeizureden und herbeizuwünschen. Das widerspricht dem Schwur der Soldaten 1945 an der Elbe: „Die Völker der Erde mögen ihre Differenzen in Zukunft nur mit friedlichen Mitteln austragen.“ Im Schwur von Buchenwald heißt es:

„Nie wieder Krieg“

Die Gründungskonferenz der Vereinten Nationen fand auch am 25.4.1945 statt. Ihre Charta wurde von 193 Staaten ratifiziert. Darin ist das Ziel des ‚negativen‘ Friedens, nämlich die Abwesenheit von militärischer Gewalt, festgeschrieben. Weiter ist das Ziel des positiven Friedens postuliert: freundschaftliche Beziehungen auf den Gebieten Menschenrechte, Entwicklung, Wirtschaft und Kultur zu fördern.

Wir rufen alle friedliebenden Menschen auf, ein Zeichen für Frieden und Entspannung zu setzen und sich an den Manifestationen am 23. April 2022 zu beteiligen.

Für Verpflegung ist gesorgt.

Mit freundlichen Grüßen Elke und Gerd Brucks

„RotFuchs“-Förderverein e.V.



Wir – Journalisten und Fachleute vieler Bereiche – bringen den „RotFuchs“ als Monatszeitschrift mit 32 Seiten heraus.

Sie erscheint seit Februar 1998 in Berlin und ist heute die auflagenstärkste marxistische Monatszeitschrift in deutscher Sprache. Wir sind so altmodisch, dem wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin in Theorie und Praxis die Treue zu halten. Uns geht es um eine soziale Ordnung, die nur im Ergebnis unablässiger Klassen- und Massenkämpfe erstritten werden kann. Ihre Voraussetzungen sind die politische Macht der durch das Kapital Ausgebeuteten und das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln.

Der „RotFuchs“, der für konsequenten Antifaschismus eintritt und Neonazismus in jeder Form bekämpft, ist ein von Sponsoren und Organisationen unabhängiges Blatt für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke mit und ohne Parteibuch.

Der „RotFuchs“ hat keinen Preis. Einmal jährlich bitten wir um eine Spende. Unsere Zeitschrift „RotFuchs“ wird in einer neutralen Versandtasche verschickt.

Interessenten melden sich bei: Tel: 030-98 38 98 30 / 030-241 26 73
mail: vertrieb@rotfuchs.net

Auch das noch:

Standortüberschreitung

Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes ist in höchster Not aus der Ukraine gerettet worden, wie gut informierte Kreise erfuhren. Bruno Kahl war vor mehreren Tagen, vor dem russischen Einmarsch, in die ukrainische Hauptstadt Kiew gereist, um Hintergründe der Situation mit seinen ukrainischen Kollegen zu erörtern. Doch der für alle überraschende Angriff Russlands am frühen Donnerstagmorgen überraschte auch Kahl. Dieser konnte aber die sogenannte Evakuierungseinheit nicht mehr erreichen und musste durch eine Spezialabteilung der Bundespolizei, Personenschutz Ausland, auf dem Landweg aus seiner gefährlichen Lage gerettet werden.

Über Polen erreichte er schließlich heimatische Gefilde.

Ob er aber die „Hintergründe der Situation“ ausreichend erörtern konnte, geht aus der Pressemitteilung nicht hervor. Könnte sein, dass zeitliche Umstände dagegen sprachen.

w.k.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 23.02.2022

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.03.2022

Einstellung im Internet: 08.04.2022

Auslieferung: 13.04.2022

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag, 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16